

**VR-10** Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen (V-50, V-104 geeint)

Gremium: KV Warendorf, Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)  
u.a.  
Beschlussdatum: 18.10.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

## Antragstext

- 1 Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen  
2 bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Bundeskanzler  
3 Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als „kleinen Baustein einer ganz großen  
4 Mauer“. Ein vielsagender Satz, den er später zurücknahm.  
5
- 6 Durch die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen droht dauerhafter Schaden  
7 für die europäische Freizügigkeit, ohne dass die Grenzkontrollen die  
8 ausgegebenen Ziele erreichen.
- 9 Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten  
10 Nachbarschaft zählt zu den Grundfesten unserer bündnisgrünen Politik und  
11 Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist das Miteinander mit  
12 unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in den Grenzregionen.  
13 Dass sich Menschen ganz selbstverständlich grenzübergreifend bewegen können, um  
14 zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft  
15 eines jahrzehntelangen europäischen Einigungsprozesses. Es ist die Grundlage für  
16 Wohlstand und Frieden in unserem Land, wofür wir mit ganzer Kraft einstehen.
- 17 Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem  
18 Fundament unseres Wohlstands und unserer Freiheit gerissen werden.
- 19 Wir kritisieren, dass das Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-  
20 Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Stationäre  
21 Grenzkontrollen sind kein geeignetes Mittel, um irreguläre Migration zu  
22 reduzieren, wie oft behauptet wird.
- 23 Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar  
24 nicht abgehalten werden und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl  
25 beantragt werden, weil das zu den Grundlagen eines Rechtsstaats gehört. Doch zu  
26 viele politische Akteure spielen wecken falsche Erwartungen in der Bevölkerung,  
27 statt die Realität zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.  
28
- 29 Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie  
30 schränken nicht nur die Reisefreiheit, sondern das Miteinander und den Alltag  
31 der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um  
32 wirtschaftliche Nachteile und erkennen keinen Nutzen bei der Verbesserung der  
33 Sicherheit. im Gegenteil: Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden  
34 sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre  
35 Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.
- 36 Stationäre Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen sind abseits besonderer  
37 Ausnahmefälle eine symbolpolitische, ineffektive und europarechtswidrige

38 Maßnahme. Das lenkt nicht nur von den eigentlichen Herausforderungen und  
39 Lösungen ab, sondern gefährdet auch die Sicherheit. Statt auf dauerhafte,  
40 stationäre Kontrollen sollten alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen oder  
41 eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit gesetzt werden.

42 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und  
43 Nachrichtendiensten wollen wir eine starke europäische Antwort auf die  
44 grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir  
45 Grünen schlagen deshalb beispielsweise die Gründung einer Europäischen  
46 Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren geforderte europäische  
47 Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

48 Es wäre zudem an der Zeit, endlich den Druck auf die Außengrenzstaaten zu  
49 erhöhen, damit an den Außengrenzen endlich wieder systematisch rechtsstaatliche  
50 Kontrollen stattfinden. Viele EU-Staaten werden sich sonst weiterhin weigern,  
51 Menschen systematisch zu registrieren und die Außengrenzen trotz geeigneter  
52 Mittel rechtsstaatlich zu kontrollieren. setzen stattdessen auf illegale  
53 Pushbacks und Gewalt. Eine Strategie, die nun auch in Deutschland diskutiert  
54 wird. Dabei führen die Rechtsbrüche durch EU-Staaten an den Außengrenzen eben  
55 nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern zu Chaos und  
56 Leid. Vertragsverletzungsverfahren durch die Bundesregierung könnten dazu  
57 beitragen, diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu  
58 sanktionieren.

59 Der europarechtswidrige Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und  
60 Afghanistan systematisch zurückzuweisen, ist eine direkte Folge solcher falschen  
61 Versprechungen: Da Asylanträge sich rechtsstaatlich bei Grenzkontrollen gar  
62 nicht reduzieren lassen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die  
63 liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die  
64 Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Marcel Emmerich (KV Ulm); Alexandra Geese (KV Bonn); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Vanessa Alexa John (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Isabel Adler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alicia Mankel (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kim Theisen (KV Koblenz); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 172 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.